

// Dr. Tommy Krieger (ZEW)

## Rechtspopulismus und Standortattraktivität

## Zusammenfassung

Beeinflusst zunehmender Rechtspopulismus die Attraktivität von Wirtschaftsstandorten? Um dieser Frage nachzugehen, wird zum einen ein Überblick über die dazu bestehende Fachliteratur gegeben. Zum anderen werden Ergebnisse eines laufenden Forschungsprojektes vorgestellt, in dem untersucht wird, wie sich rechtspopulistische Demonstrationen auf das Wanderungsverhalten von In- und Ausländern auswirken. Die bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Städte und Regionen, in denen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen breite Unterstützung erfahren, haben einen nicht zu unterschätzenden Nachteil bei der Anwerbung von in- und ausländischen Fachkräften.
- Zu den Hauptgründen, warum Menschen Städte und Regionen meiden, in denen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen großen Zuspruch haben, gehören Sicherheitsbedenken und der Wunsch, in einem Umfeld zu leben, in dem sie von Menschen mit ähnlichen Ansichten und Interessen umgeben sind.
- Zur Frage, inwieweit Unternehmen ihre Standort- und Investitionsentscheidungen aufgrund des zunehmenden Rechtspopulismus verändern, liegen zu wenige empirische Erkenntnisse vor, um diese Frage verlässlich beantworten zu können.

## 1. Einleitung

Die Zustimmung für die vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestufte Alternative für Deutschland (AfD) ist laut ARD-Deutschland-Trend im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Während im Januar 2023 „nur“ etwa 15 Prozent der deutschen Wahlbevölkerung der AfD ihre Stimmen bei einer Bundestagswahl gegeben hätten, sind es ein Jahr später rund 22 Prozent. In Thüringen, Sachsen und Brandenburg, wo in diesem Jahr Landtagswahlen anstehen und die AfD-Landesverbände zum Teil gesichert als rechtsextrem gelten, führt die AfD derzeit die Umfragen an (in Thüringen sogar mit deutlichem Vorsprung).

Die Gründe für das Erstarken des Rechtspopulismus weltweit und der AfD hierzulande sind in den vergangenen Jahren sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft intensiv diskutiert worden.<sup>1</sup> In den letzten Monaten, insbesondere seit den für die AfD sehr erfolgreichen Wahlen in Bayern und Hessen, mehren sich zudem die Stimmen, die eindringlich davor warnen, dass die wachsende Popularität der AfD der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland schadet. Prominente Beispiele sind Monika Schnitzer<sup>2</sup>, Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Martin Daum<sup>3</sup>, Vorstandsvorsitzender der Daimler Truck AG, und Siegfried Russwurm<sup>4</sup>, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Die Sorge, dass ein Erstarken der Neuen Rechten zum Standortnachteil werden könnte, wird offenbar nicht von allen Vertretern der deutschen Wirtschaft geteilt. So bestätigte Theo Müller, unter anderem Inhaber des Molkereikonzerns Müller, kürzlich gegenüber dem Handelsblatt, dass er sich mit der heutigen AfD-Vorsitzenden Alice Weidel zum Austausch getroffen habe.<sup>5</sup> Gegen die These, dass Rechtspopulismus zwangsläufig ein Standortnachteil ist, sprechen auch die vielen Zeitungsartikel, die im Vorfeld der letzten Präsidentschaftswahlen in Brasilien titelten, dass sich die Chefetagen deutscher Großunternehmen eher einen Wahlerfolg des rechtspopulistischen Amtsinhabers Jair Bolsonaro gewünscht hätten.<sup>6</sup>

Wie wirkt sich also zunehmender Rechtspopulismus auf die Attraktivität eines Standorts aus? Diese ZEW-Kurzexpertise geht dieser Frage nach, indem sie einen Überblick über die bestehende Fachliteratur zu diesem Thema gibt. Im ersten Teil liegt der Fokus auf der Frage, wie sich ein zunehmender Rechtspopulismus auf das Wanderungsverhalten von in- und ausländischen Privatpersonen auswirkt. Im zweiten Teil wird dargestellt, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Reaktionen von Unternehmen vorliegen.

---

<sup>1</sup> Literaturübersichten zu den Ursachen für die wachsende Popularität rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien liefern u.a. Berman (2021), Guriev und Papaioannou (2022) sowie Noury und Roland (2020).

<sup>2</sup> Siehe z.B. [https://rp-online.de/politik/deutschland/wirtschaftsweise-monika-schnitzer-zur-deutschen-einheit-und-zur-afd\\_aid-98713739](https://rp-online.de/politik/deutschland/wirtschaftsweise-monika-schnitzer-zur-deutschen-einheit-und-zur-afd_aid-98713739) (abgerufen am 25.01.2024).

<sup>3</sup> Siehe z.B. [https://www.focus.de/finanzen/boerse/interview-mit-daimler-truck-ceo-die-afd-ist-eine-gefahr-fuer-deutschland\\_id\\_209440026.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/interview-mit-daimler-truck-ceo-die-afd-ist-eine-gefahr-fuer-deutschland_id_209440026.html) (abgerufen am 25.01.2024).

<sup>4</sup> Siehe z.B. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rechtsextremismus-bdi-praesident-russwurm-warnt-mit-deutlichen-worten-vor-der-afd/100007515.html> (abgerufen am 25.01.2024).

<sup>5</sup> Siehe z.B. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/muellermilch-molkerei-milliardaer-mueller-bestaetigt-kontakte-zur-afd-/29535086.html> (abgerufen am 25.01.2024).

<sup>6</sup> Siehe z.B. <https://www.fr.de/politik/brasilien-wahl-2022-jair-bolsonaro-stich-wahl-deutschland-unternehmen-konzerne-wirtschaft-91877867.html> (abgerufen am 25.01.2024).

## 2. Meiden Privatpersonen Städte und Regionen, in denen rechtspopulistische Bewegungen großen Zulauf haben?

Während es in Deutschland bisher nur sehr wenige Bürgermeister/innen gibt, die der AfD angehören oder nahestehen, ist es in anderen westeuropäischen Ländern keine Seltenheit mehr, dass Mitglieder einer rechtspopulistischen Partei kommunalpolitische Verantwortung tragen. In der Literatur finden sich zwei empirische Studien, die sich diesen Umstand zunutze machen und der Frage nachgehen, wie sich die Zahl der Zuziehenden verändert, wenn ein/e Rechtspopulist/in das Bürgermeisteramt übernimmt (Bracco, de Paola, Green und Scoppa, 2018; Doerr, Potrafke und Roesel, 2021). Methodisch ähneln sich diese Studien, da sie beide auf dem Regressions-Diskontinuitäts-Ansatz basieren. Der Ansatz dieses in der empirischen Wirtschaftsforschung häufig verwendeten Analyseverfahrens ist leicht erklärt: Es werden Orte, in denen eine rechtspopulistische Partei knapp das Bürgermeisteramt erringen konnte, mit Orten verglichen, in denen eine solche Partei knapp gescheitert ist. Bei der Studie von Bracco et al. (2018) handelt es sich dabei um Gemeinden in Italien, während Doerr et al. (2021) Gemeinden in Kärnten (Österreich) betrachten. Das Ergebnis beider Untersuchungen ist, dass die Zahl der ausländischen Zuziehenden nach einem rechtspopulistischen Wahlerfolg zurückgeht. Die Frage, ob dieser Rückgang das Resultat konkreter politischer Handlungen ist oder andere Ursachen hat (z.B. Reputationsverlust), bleibt allerdings in beiden Arbeiten weitestgehend unbeantwortet. Konkrete politische Handlungen könnten etwa Maßnahmen zur Begrenzung von Zuwanderung sein. Ein Reputationseffekt hingegen beinhaltet, dass mobile Personen Gemeinden mit rechtspopulistischer politischer Führung meiden, z.B. aufgrund von Sicherheitsbedenken. Ebenso wenig liefern die beiden Arbeiten Aufschluss darüber, ob einheimische Personen Gemeinden meiden, in denen eine rechtspopulistische Partei die lokalen Entscheidungsträger/innen stellt.

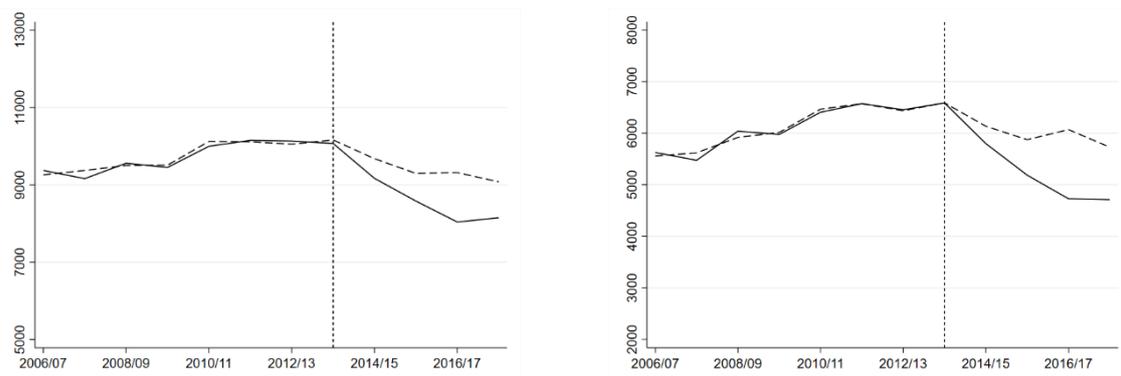
Die Analysen von Slotwinski und Stutzer (2019) sowie von Pickard, Bove und Efthyvoulou (2022) deuten darauf hin, dass Wahlerfolge rechtspopulistischer Bewegungen auch dann zu einem Überdenken von Wohnortentscheidungen führen können, wenn deren Vertreter/innen in der Folge keine lokalpolitischen Führungspositionen übernehmen. Konkret finden Slotwinski und Stutzer (2019), dass Schweizer Gemeinden, die sich 2009 unerwartet stark für die Annahme eines Referendums zum Bauverbot von Minaretten aussprachen, nach der Abstimmung weniger Zuzüge von Personen ohne Schweizer Pass verzeichneten. Pickard et al. (2022) untersuchen hingegen die Auswirkungen des BREXIT-Referendums auf die Binnenmigration in England und Wales. Die Autoren zeigen, dass Personen, die gegen den BREXIT gestimmt haben, nach dem Referendum seltener in jene Landesteile gezogen sind, in denen eine Mehrheit für den BREXIT gestimmt hat. Als mögliche Erklärung für ihre Ergebnisse führen Pickard et al. (2022) an, dass Menschen Umgebungen bevorzugen, in denen sie auf Mitmenschen treffen, die ihre politischen Grundüberzeugungen teilen. Belege für eine solche Präferenz liefern unter anderem die experimentellen Untersuchungen von Gimpel und Hui (2015) sowie Shafranek (2021).

Die wachsende Zustimmung zu rechtspopulistischem Gedankengut lässt sich nicht nur an den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien ablesen, sondern auch am wachsenden Zulauf bei Kundgebungen, die sich gegen Zuwanderung und die Aufnahme von Asylsuchenden richten. In einer laufenden Untersuchung gehen Brox und Krieger (2024) der Frage nach, ob solche Kundgebungen die Attraktivität des Ortes, an dem sie stattfinden, beeinflussen. Um diese Frage zu beantworten, wird im ersten Teil der Untersuchung analysiert, welche Folgen die Demonstrationen von PEGIDA für die Stadt Dresden hatten. Als Analyseverfahren wird unter anderem das Synthetische Kontrollgruppenverfahren verwendet. Die Grundidee dieser populären Methode besteht darin, zunächst aus einem Pool anderer deutscher Städte

ein „synthetisches Dresden“ zu konstruieren, das sich bis zum Ausbruch der Proteste genauso entwickelt hat wie Dresden selbst und in dem es keine vergleichbaren Demonstrationen gab. In einem zweiten Schritt wird dann für die Zeit nach Ausbruch der Proteste die Entwicklung Dresdens mit der des „synthetischen Dresdens“ verglichen.

Abbildung 1 zeigt die wichtigsten Ergebnisse, der synthetischen Kontrollgruppenanalyse von Brox und Krieger (2024). In der linken Abbildung ist die abhängige Variable die Anzahl der aus einem anderen Bundesland zugezogenen Deutschen. Die rechte Abbildung beschränkt sich auf die zugezogenen Deutschen, die zum Zeitpunkt des Zuzugs zwischen 18 und 29 Jahre alt waren. In beiden Grafiken stellt die durchgezogene schwarze Linie die Entwicklung Dresdens dar, während die gestrichelte graue Linie die Entwicklung des „synthetischen Dresdens“ wiedergibt. Die gestrichelte vertikale Linie markiert den Beginn der rechtspopulistischen Demonstrationen in Dresden. Insgesamt wird in beiden Grafiken deutlich, dass aufgrund der Proteste weniger junge Deutsche nach Dresden gezogen sind. Während im ersten Jahr nach Beginn der Proteste die Lücke zwischen Dresden und dem synthetischen Dresden ca. 500 Personen betrug, wuchs sie in den Folgejahren auf 750 bzw. 1.000 Personen an. In weiterführenden Analysen zeigen Brox und Krieger (2024), dass circa 50 bis 70 Prozent der Deutschen, die wegen der rechtspopulistischen Proteste nicht nach Dresden gezogen sind, Studierende sind. Sie zeigen auch, dass sich diese Demonstrationen negativ auf die Zahl der ausländischen Studierenden ausgewirkt haben.

Abbildung 1: Auswirkungen der rechtspopulistischen Kundgebungen in Dresden auf das Zuzugsverhalten von (jungen) Deutschen aus anderen Bundesländern.



Anmerkung: Diese Grafik zeigt die Ergebnisse zweier Synthetischen-Kontrollgruppen-Analysen. In der linken Abbildung ist die abhängige Variable die Anzahl der aus einem anderen Bundesland zugezogenen Deutschen. In der rechten Abbildung ist die abhängige Variable die Anzahl der aus einem anderen Bundesland zugezogenen 18 – 29-jährigen Deutschen. In beiden Abbildungen stellt die durchgezogene schwarze Linie die Entwicklung von Dresden dar. Die gestrichelte grüne Linie bildet die Entwicklung des „synthetischen Dresdens“ ab. Ein Jahr ist im Rahmen beider Analyse als Periode von Oktober bis September definiert. Die Bezeichnung 2014/15 bezieht sich also z.B. auf die Zeitspanne zwischen Oktober 2014 und September 2015.

Im zweiten Abschnitt ihrer Studie präsentieren Brox und Krieger (2024) die Ergebnisse eines Conjoint-Experiments, bei dem die Teilnehmer/innen (circa 3.000 Deutsche im Alter zwischen 18 und 45 Jahren) anhand von sechs Merkmalen zwischen zwei hypothetischen Orten wählen sollten. Das Experiment liefert drei Haupterkenntnisse. Erstens bestätigt es in einem unabhängigen Kontext, dass eine Stadt als weniger attraktiv wahrgenommen wird, wenn dort asyl- oder migrationskritische Kundgebungen stattfinden. Zweitens zeigt es, dass Menschen, die linke Parteien unterstützen, stärker auf rechtspopulistische Proteste reagieren. Drittens gibt das Experiment von Brox und Krieger (2024) Aufschluss darüber, wie Menschen ihre Meinung über eine Stadt aufgrund solcher Demonstrationen ändern. Es wird dabei deutlich, dass ein Ort durch rechtspopulistische Demonstrationen als weniger sicher wahrgenommen wird. Für Menschen, die nicht zur Anhängerschaft der AfD gehören, zeigt sich zudem, dass sie wegen

solcher Kundgebungen die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt skeptischer einschätzen und mehr Schwierigkeiten erwarten, neue Freunde und Bekannte zu finden.

### 3. Meiden Unternehmen Städte und Regionen, in denen rechtspopulistische Bewegungen eine breite Unterstützung erfahren?

Während sich in der politikwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Literatur zumindest erste Antworten auf die Frage finden lassen, wie wachsender Rechtspopulismus das Migrationsverhalten von Privatpersonen beeinflusst, gibt es kaum Erkenntnisse darüber, wie Unternehmen auf eine solche Entwicklung reagieren. Am ehesten liefern diesbezüglich die Untersuchungen von Pan (2023) sowie Rode und Stöckl (2021) Aufschluss. Ersterer wertet Daten zu Standortentscheidungen von Erfindern/-innen aus und beobachtet, dass diese seltener in ein Land einwandern, wenn dieses rechtspopulistisch regiert wird. Abwanderungseffekte kann Pan (2023) allerdings nicht feststellen.<sup>7</sup> Rode und Stöckl (2021) analysieren, wie Kapitalmärkte reagieren, wenn rechtspopulistische Bewegungen auf nationaler Ebene Wahlerfolge erzielen. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Kapitalmärkte solche Erfolge als positiv bewerten.<sup>8</sup>

### 4. Fazit

Mit rund einem halben Dutzend empirischer Studien steht die Wissenschaft bei der Frage, wie sich der wachsende Rechtspopulismus auf die Standortentscheidungen von Privatpersonen oder Unternehmen auswirkt, noch am Anfang. Daher bedarf es auch weiterer Untersuchungen, um diese Frage abschließend zu beantworten. Die bisherigen Untersuchungen deuten darauf hin, dass Städte und Regionen, in denen rechtspopulistische Bewegungen breite Unterstützung erfahren, im Wettbewerb um in- und ausländische Fachkräfte benachteiligt sind. Hingegen gibt es bislang keine belastbaren empirischen Belege dafür, dass Unternehmen ihre Standortentscheidungen aufgrund eines zunehmenden Rechtspopulismus ändern. Letzteres bedeutet nicht, dass keine wirtschaftlichen Schäden zu erwarten sind, wenn rechtspopulistische Bewegungen Regierungsverantwortung übernehmen. Im Gegenteil: Funke, Schularick und Trebesch (2023) zeigen in einer aktuellen Studie, dass Länder mit rechtspopulistischen Regierungen mittelfristig ein geringeres Wirtschaftswachstum aufweisen.<sup>9</sup> Als Gründe nennen die drei Autoren unter anderem wirtschaftliche Desintegration, die Erosion von Institutionen und größere makroökonomische Instabilität.

---

<sup>7</sup> Pan (2023) untersucht ebenfalls welche Auswirkungen sich ergeben, wenn ein Land linkspopulistisch regiert wird. In diesem Fall beobachtet er, dass sowohl die Zahl der zugewanderten Erfinder und Erfinderinnen zurück geht als auch dass die Zahl der abgewanderten Erfinder und Erfinderinnen zunimmt.

<sup>8</sup> In Folge von linkspopulistischen Wahlerfolgen beobachten Rode und Stöckl (2021), dass Kapitalmärkte eher negativ reagieren.

<sup>9</sup> Funke, Schularick und Trebesch (2023) dokumentieren darüber hinaus, dass linkspopulistische Regierungen mittelfristig wohlstandschädlich sind. Die Wohlstandsverluste fallen bei einer linkspopulistischen Regierung im Durchschnitt stärker aus als bei einer rechtspopulistischen Regierung.

## Literatur

- Berman, S. (2021). The causes of populism in the west. *Annual Review of Political Science*, 24, 71-88.
- Bracco, E., De Paola, M., Green, C. P., & Scoppa, V. (2018). The effect of far right parties on the location choice of immigrants: Evidence from Lega Nord Mayors. *Journal of Public Economics*, 166, 12-26.
- Brox, E., & Krieger, T., (2024). Far-right mass protests and their effect on (internal) migration. *Mimeo*.
- Doerr, L., Potrafke, N., & Roesel, F. (2021). Populists in power. *CESifo Working Papers*, 9336.
- Funke, M., Schularick, M., & Trebesch, C. (2023). Populist leaders and the economy. *American Economic Review*, 113(12), 3249-3288.
- Gimpel, J. G., & Hui, I. S. (2015). Seeking politically compatible neighbors? The role of neighborhood partisan composition in residential sorting. *Political Geography*, 48, 130-142.
- Guriev, S., & Papaioannou, E. (2022). The political economy of populism. *Journal of Economic Literature*, 60(3), 753-832.
- Noury, A., & Roland, G. (2020). Identity politics and populism in Europe. *Annual Review of Political Science*, 23, 421-439.
- Rode, M., & Stöckl, S. (2021). The price of populism: Financial market outcomes of populist electoral success. *Journal of Economic Behavior & Organization*, 189, 51-83.
- Pan, W. F. (2023). The effect of populism on high-skilled migration: Evidence from inventors. *European Journal of Political Economy*, 79, 102447.
- Pickard, H., Bove, V., & Efthyvoulou, G. (2022). You (Br) exit, I stay: The effect of the Brexit vote on internal migration. *Political Geography*, 95, 102576.
- Shafranek, R. M. (2021). Political considerations in nonpolitical decisions: A conjoint analysis of roommate choice. *Political Behavior*, 43(1), 271-300.
- Slotwinski, M., & Stutzer, A. (2019). The deterrent effect of an anti-minaret vote on foreigners' location choices. *Journal of Population Economics*, 32(3), 1043-1095.

Autor

**Dr. Tommy Krieger**

ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische  
Wirtschaftsforschung Mannheim GmbH

L 7, 1

68161 Mannheim

[www.zew.de](http://www.zew.de)

[tommy.krieger@zew.de](mailto:tommy.krieger@zew.de)

+49 (0)621 1235-346

ZEW-Kurzexpertise

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung Mannheim GmbH

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · [info@zew.de](mailto:info@zew.de) · [www.zew.de](http://www.zew.de) · [twitter.com/ZEW](https://twitter.com/ZEW)

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktionelle Verantwortung: Pascal Ausäderer · [cvd@zew.de](mailto:cvd@zew.de)

Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.